

20. II. 1917

33

Abschluß einer Wiener Kommunalanleihe von 250 Millionen Kronen.

Wien, 19. Februar.

Heute wird die folgende Mitteilung versendet:

„Wie wir erfahren, hat Generaldirektor Kotter der Länderbank heute namens des unter Führung der Bodenkreditanstalt und der Länderbank stehenden Konfortiums der Wiener Banken, welchem auch die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien angehört, Seiner Exzellenz, dem Herrn Bürgermeister ein Angebot auf Uebernahme von Nominalen 250 Millionen Kronen 4½ prozentiger sechzigjähriger Obligationen der Stadt Wien überreicht. Von dem Erlöse dieser Anleihe sollen 100 Millionen Kronen zur Rückzahlung der im Jahre 1916 zur Ausgabe gelangten 5½ prozentigen Kassenscheine der Stadt Wien, welche per 15. September 1917 zur Parirückzahlung gekündigt werden sollen, verwendet werden, während der Rest im Sinne des Landesgesetzes vom 18. Juli 1914 für die Errichtung von Untergrundbahnen, andere Investitionen und Notstandsbauten zu dienen hat.“

Aus dieser Mitteilung ist ersichtlich, daß die Stadt Wien eine 4½ prozentige fundierte Anleihe von 250 Millionen Kronen zur Begebung gebracht hat. Von dieser Anleihe sind 100 Millionen Kronen zur Rückzahlung der im vorigen Jahre ausgegebenen 5½ prozentigen Kassenscheine und 150 Millionen Kronen für kommunale Investitionen verschiedener Art, insbesondere für die Inangriffnahme des Baues der Wiener Untergrundbahnen, bestimmt. Die neue Emission ist die erste fundierte Anleihe, welche die Stadt Wien seit dem Jahre 1910 abgeschlossen hat. In den sieben Jahren, die seither verstrichen sind, wurden zweimal Schatzscheine mit kurzfristiger Rückzahlungsfrist emittiert. Zum erstenmal wurden im Jahre 1913 4½ prozentige vorwiegend für Deutschland bestimmte Kassenscheine von 60 Millionen Mark begeben, welche im vorigen Jahre nach ihrer Fälligkeit in 4 prozentige Kassenscheine konvertiert wurden. Sodann wurde im Jahre 1916 eine Anleihe von 100 Millionen Kronen in 5½ prozentigen fünfjährigen Schatzscheinen zur Emission gebracht. Diese letzteren Schatzscheine werden schon jetzt, erst ein Jahr nach ihrer Ausgabe, zur Rückzahlung gekündigt und den Besitzern werden Titres einer neuen 4½ prozentigen fundierten Anleihe der Stadt Wien zum Umtausche angeboten werden. Da der Umtausch ziemlich zu den gleichen Bedingungen wie die Ausgabe erfolgen dürfte, sind für die Konversion der Schatzscheine rund 100 Millionen Kronen der neuen Anleihe erforderlich. Die Konversion selbst dürfte ungefähr Anfang März angeboten werden, so daß die 5½ prozentigen Kassenscheine ziemlich genau nach einem Jahre gegen 4½ prozentige Titres umgewandelt und der Stadt Wien auf diese Weise eine Zinsersparnis um ein volles Prozent ermöglicht werden wird. jenen Besitzern, welche den Umtausch nicht vornehmen wollen, wird ihr Nominalkapital am 15. September zurückgezahlt werden, da die Kassenscheine dreimonatig zu diesem Termine gekündigt werden sollen.

Nebst der Konversion soll zugleich eine neue Geldbeschaffung erfolgen. Der neue Geldbedarf, der aus der Anleihe gedeckt wird, umfaßt 150 Millionen Kronen. Die Anleihe fußt auf einer Ermächtigung, welche die Stadt Wien kurze Zeit vor dem Ausbruch des Krieges durch ein niederösterreichisches Landesgesetz vom 18. Juli 1914 erhalten hat. Der damals bewilligte Kredit betraf die Beschaffung eines Gesamtbetrages von 375 Millionen Kronen. Die Kassenscheine des vorigen Jahres, die jetzt konvertiert werden, hatten in dieser Anleiheermächtigung ihre Grundlage, und ebenso die heute abgeschlossene Anleihe, so daß von dem damals bewilligten Betrage 250 Millionen Kronen konsumiert sind und 125 Millionen Kronen noch offen stehen werden. Die Zweckziele, denen diese Geldbeschaffung dient, sind in dem seinerzeitigen Anleihegesetz genau umschrieben. Aus dem Erlöse sollten nach dem erwähnten Landesgesetz 150 Millionen Kronen für den Bau von Untergrundbahnen, 105 Millionen Kronen für Investitionen bei den städtischen Unternehmungen, insbesondere für die Erwerbung der Werke

der Allgemeinen Oesterreichischen Elektrizitätsgesellschaft, für die Erweiterung des Gaswerkes und des Elektrizitätswerkes, für die Ausgestaltung der Kohlenwerke Zillingdorf verwendet werden. Ferner sollten 29.7 Millionen Kronen für Pflasterungen und der Rest für kleinere Investitionen dienen. Die Ablösung der Werke der Elektrizitätsgesellschaft ist längst erfolgt, ebenso die Erweiterung des Gaswerkes und des städtischen Elektrizitätswerkes sowie des Zillingdorfer Kohlenwerkes. Die Kosten wurden vorerst provisorisch gedeckt und dann aus der Kassenscheinanleihe des vorigen Jahres refundiert. Die neue Geldbeschaffung soll die Mittel für die Vorarbeiten zum Bau der Untergrundbahnen beistellen, die infolge der Wiener Verkehrsbeschwerden besonders dringlich erscheinen und in naher Zeit in Angriff genommen werden sollen, und soll verschiedene im Kriege unaufschieblich gewordene Arbeiten, insbesondere Notstandsanlagen, decken. Die Anleihe hat die Pupillarsicherheit, wird mit 4½ Prozent verzinst und tilgungsplanmäßig in 60 Jahren zurückgezahlt werden. Die Uebernahme erfolgt durch das Konfortium der Wiener Banken, an dessen Spitze die Bodenkreditanstalt und die Länderbank stehen. Unmittelbar nach der Beschlußfassung des Gemeinderates, voraussichtlich gegen Ende Februar oder Anfang März, soll die Anleihe zur öffentlichen Subskription aufgelegt werden.

Die Stadt Wien hat, abgesehen von den Emissionen der siebziger Jahre, die nur mehr mit geringen Beträgen ausstatten, und den Kommunallosen noch die folgenden Anleihen aufgenommen: Im Jahre 1894 wurde die 4 prozentige Wasseranleihe von 35 Millionen Kronen, im Jahre 1898 die 4 prozentige Anleihe für das städtische Gaswerk von 60 Millionen Kronen, im Jahre 1900 die 4 prozentige Anleihe für das Elektrizitätswerk in der Höhe von 30 Millionen Kronen emittiert. Dann kamen die verschiedenen Investitionsanleihen. Im Jahre 1902 wurde eine Anleihe dieser Art von 285 Millionen Kronen, im Jahre 1908 eine Anleihe von 360 Millionen Kronen begeben. Die erste dieser

Investitionsanleihen brachte vorwiegend die Mittel für die Erwerbung der Wiener städtischen Straßenbahnen, die zweite Anleihe Gelder für den Wald- und Wiesengürtel, für die Gas- und Elektrizitätswerke, für das städtische Brauhaus und eine Reihe von Einrichtungen für Approvisionierung und Kohlenversorgung. Dann kam die erwähnte Kassenscheinanleihe von 65 Millionen Mark, und im vorigen Jahre die 5½ prozentigen Kassenscheine von 100 Millionen Kronen hinzu. Die gesamten Wiener Anleihen seit dem Jahre 1894, wo die städtische Investitionstätigkeit einsetzte, summieren sich mit 947 Millionen Kronen und erhöhen sich durch die jetzige Emission auf 1097 Millionen Kronen.